

## Erhöhung der Odenwälder Kreisumlage vom Tisch

**Das RP rückt von Forderungen nach dem weiteren Anstieg der von den Kommunen zu leistenden Umlage ab. Der Kreis muss den Gürtel trotzdem „nochmal enger schnallen“, sagt der Landrat.**

Odenwaldkreis. Diese Nachricht lässt alle [Odenwälder](#) Bürgermeister aufatmen: Die von den Kommunen aufzubringende Kreis- und Schulumlage steigt wohl nicht über jenen Satz von 58 Prozent, der sich im Kreishaushalt für 2025 bereits findet. Ergeben hat sich das nach mehreren Gesprächen, die die Odenwälder Kreisspitze um Landrat Frank Matiaske (SPD) mit dem Regierungspräsidium Darmstadt als Aufsichtsbehörde geführt hat.

Aktueller Stand ist es demnach, „dass die Höhe der Kreis- und Schulumlage von 58 Prozent gehalten werden kann“. Zwischenzeitlich erhobene „Forderungen der Kommunalaufsicht nach einer weitergehenden Erhöhung gibt es nicht mehr“, so die Kreisverwaltung auf Nachfrage.

## Kreishaushalt derzeit mit Minus von 14,8 Millionen Euro

Der Haushalt des Kreises war Ende April verabschiedet worden und dokumentiert die Misere der kommunalen Finanzen bei einem Volumen von rund 240 Millionen Euro mit einem [Fehlbetrag von 14,8 Millionen](#). Und selbst auf dieses Minus war der damit als genehmigungsfähig eingestufte Etat mühsam getrimmt worden – lag doch der Ursprungsfehlbedarf bei 18,9 Millionen Euro. Reduziert wurde er über eine pauschale Ausgabenkürzung um zwei Prozent und die Aussetzung von Rückzahlungen zum Entschuldungsprogramm Hessenkasse.

Trotz oder gerade wegen der schwierigen Lage hatte der Etat eine breite Mehrheit gefunden – inklusive Stimmen aus den Oppositionsfraktionen CDU und Grüne. Hintergrund waren fehlende Alternativen und die Einschätzung, dass die schwierige Situation vor allem auf den Umfang der von Bund und Land ohne ausreichende Gegenfinanzierung übertragenen Aufgaben zurückgeht. In dieser Lage sei es wichtig, so die von vielen Rednern im Kreistag vorgetragene Überzeugung, die Handlungsfähigkeit des Kreises zu sichern.

## Kreisumlage steigt ohnehin um einen Punkt auf 58 Prozent

Ein nicht unwesentlicher Punkt war allerdings auch, dass die Kreis- und Schulumlage zwar erhöht wurde, aber in einem nach allgemeiner Einschätzung noch verkraftbaren Umfang: Der Anstieg um einen Punkt auf insgesamt 58 Prozent (36,6/21,4) bedeutet für den Kreis Mehreinnahmen von 1,6 Millionen Euro. Diese 58 Prozent, hatte Matiaske seinerzeit betont, entsprechen übrigens dem über Jahre in der Hessischen Gemeindeordnung festgeschriebenen Höchstbetrag, der sich dort inzwischen allerdings nicht mehr findet.

Um einen Haushaltsausgleich zu erzielen, müsste der Satz im Odenwald eigentlich bei 69 Prozent liegen, hatte der Landrat vorgerechnet. Und betont, dass dies nicht machbar sei: „Unsere Städte und Gemeinden wären kahlgefressen, sollte dies Realität werden.“ Klar sei zwar, hieß es in den Haushaltsberatungen, dass das RP grundsätzlich „vor unserer

Gesamumlage eine 6“ sehe. Das allerdings sei eine andere Erwartungshaltung, als er sie mit Blick auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen verantworten könne, so Matiaske. In dieser Einschätzung zeigten sich alle Fraktionen im Kreistag einig.

Für entsprechende Verunsicherung und Verärgerung bei Kreis und Kommunen hatte dann ein zwischenzeitlich im Landratsamt eingegangenes Schreiben der Aufsichtsbehörde gesorgt: Darin wurde der Haushalt trotz aller Anpassungen als „nicht genehmigungsfähig“ eingestuft. In der Kritik der Kreistagsfraktionen war unter anderem von einem „[Salto rückwärts](#)“ oder von einem „[Schlag ins Gesicht der Bürger](#)“ die Rede, weil das RP zuvor anderes signalisiert habe.

Nach den erneuten Haushaltsgesprächen zwischen Kreis und Kommunalaufsicht sei die Erhöhung der Kreisumlage nun vom Tisch, der Haushalt muss aber dennoch angepasst werden, wie Matiaske dieser Redaktion sagte: „Wir müssen den ohnehin eng geschnallten Gürtel noch enger schnallen.“ Details seien zwar noch auszuarbeiten, aber es gebe „eine feste Zielgröße“, so der Landrat. Wie die Verwaltung ergänzt, sind „Reduzierungen der Aufwendungen, die wir eigentlich für das Haushaltsjahr 2026 vorgesehen hatten und jetzt vorziehen“, und eine „Reduzierung des Stellenplans“ vorgesehen – beziehungsweise dessen Anpassung an die Realität, wie Matiaske darlegte.

## **Kreistag muss Haushalt neu beschließen**

Ein wichtiger Hintergrund dabei sei die Erhaltung der Liquidität des Kreises, erläuterte er. Mit Blick darauf war im Haushalt 2025 der Höchstbetrag der Kassenkredite, die „zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen“, bereits von 15 auf 25 Millionen Euro erhöht worden. Der veränderte Etat muss bei der regulären Kreistagssitzung im September neu beschlossen werden. Diese Verzögerung stellt aber laut Matiaske insofern kein Problem dar, als die Haushaltsgenehmigung des RP üblicherweise ohnehin erst im November vorliege.